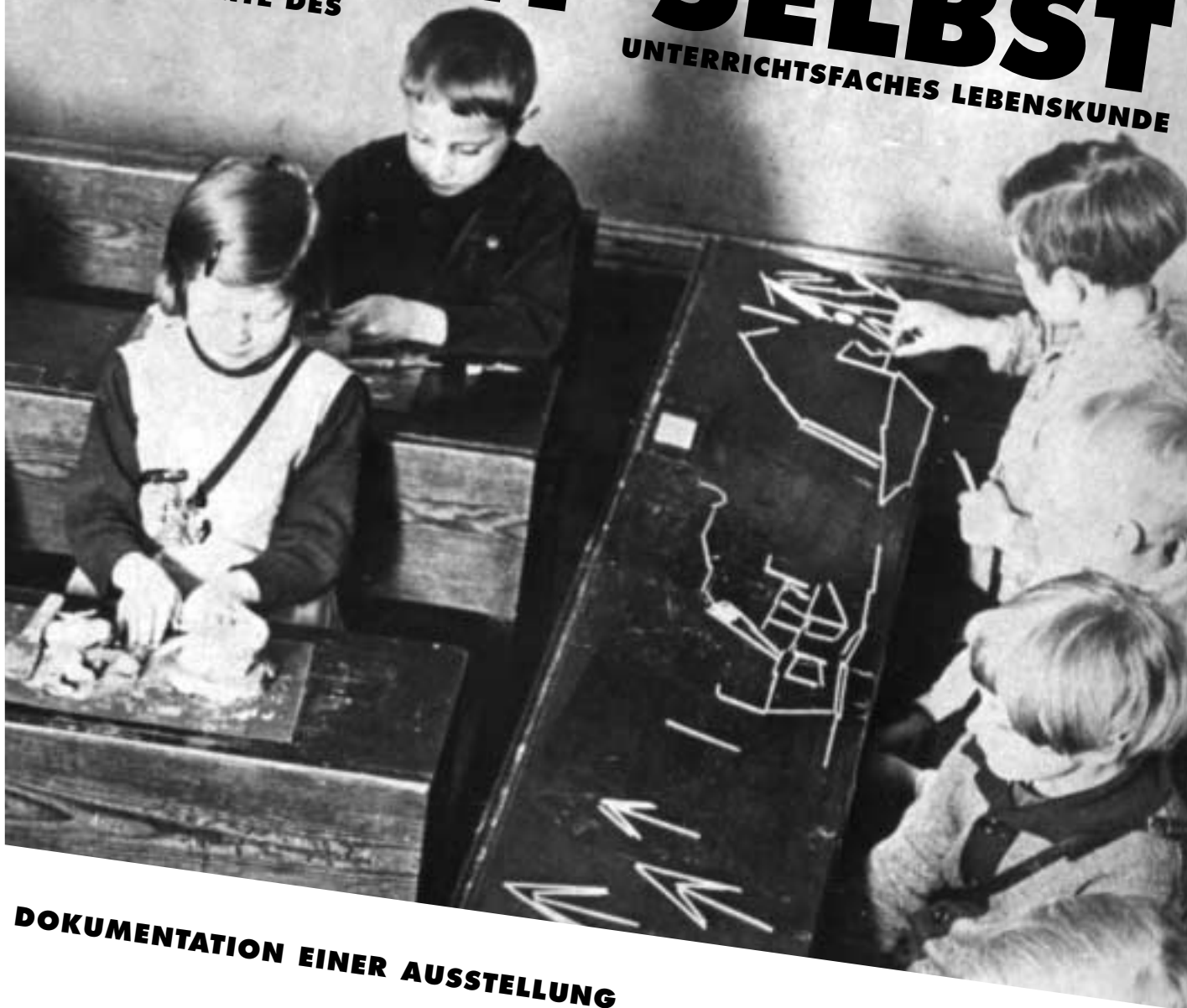


DENKET SELBST

ZUR GESCHICHTE DES

UNTERRICHTSFACHES LEBENSKUNDE



DOKUMENTATION EINER AUSSTELLUNG



Sechs Thesen zum Motto der Ausstellung von Peter Schulz-Hageleit

Zur Motivgeschichte – »Denket selbst.« Das für die Ausstellung ausgewählte Motto (was für ein glücklicher Fund!) verweist nicht nur auf einen wesentlichen Aufgabenbereich der Weltlichen Schule und der Humanistischen Lebenskunde, sondern ruft darüber hinaus ein jahrtausendealtes Leitmotiv philosophischen Denkens in Erinnerung, als dessen Vater mit guten Gründen oft Sokrates (470-399) genannt wird. Einen unumkehrbaren Durchbruch dieser um geistige Autonomie ringenden Einstellung zum gesellschaftlichen Leben erreichte Kant (1724-1804) mit dem berühmten Wahlspruch der Aufklärung: »Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.«

Zur ethischen Fermentierung des Denkens – Leider fehlt jedoch oft, allzu oft, nicht nur der Mut, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, sondern auch das Können, die Verstandeskraft, sowie die ethische Fermentierung des Denkens im humanistischen Sinn. Wo das Denken durch ein Verlangen nach mehr Macht oder Geltung angetrieben wird, da vollbringt es erstaunliche Leistungen. Wo hingegen überpersönliche Interessen und Pflichten wie Gerechtigkeit, Naturschutz oder Vergangenheitsaufarbeitung in Angriff genommen werden sollen, da erschlafft das Denken bei vielen Menschen wie ein Segel in der Windstille. In der bewussten Durchdringung des Denkens mit ethisch-politischen Optionen liegt eine wesentliche Aufgabe des modernen Humanismus.

Zum Verhältnis von eigenem Denken und Gesellschaft – Die Hochachtung für eigenes unzensiertes Denken bindet einen Verband wie den unseren an Philosophie und Wissenschaften, die freilich unmöglich in ihrer Gänze rezipiert werden können und daher vor allem vom eigenen Denken her kritisch zu befragen sind. Eigenes Denken äußert sich weder als solipsistischer Monolog noch als Verkündung von oben, sondern vielmehr als Frage und Gesprächsinteresse, aber auch als Widerstand gegen Meinungstrends und als Ich-Stärke im Aushalten von Unsicherheiten und Zweifeln.

Zum Verhältnis von Denken und Lernen – Wie jede menschliche Fähigkeit entsteht sachgerechtes und verantwortungsbewusstes Denken nicht naturwüchsig, sozusagen von alleine. Es bedarf vielmehr der gezielten Förderung, des systematisierten Lernens und der Übung. Dabei haben Lernfelder und Denkaufgaben recht verschiedene Profile. Ich selbst habe mich anlässlich meiner Promotion vor bald dreißig Jahren mit dem Thema Denkerziehung im Geschichtsunterricht intensiver befasst und dabei erkannt, dass geschichtliches Denken doch etwas anderes ist als etwa mathematisches Denken. Danach wurde mir schrittweise bewusst, wie stark mein objektes Erkenntnisinteresse durch unbewusste subjektiv-lebensgeschichtliche Implikationen angetrieben wurde (Kindheit im NS mit entsprechenden weitreichenden Folgen). Bedeutungsschichten und weitere Vernetzungen scheinbar einsinniger Denkergebnisse zu entschlüsseln, das gehört bei mir seit längerem zur Lust am eigenen Denken.

Zur Erweiterung des Denkbegriffs – Der Begriff des Denkens hat meiner Einschätzung nach sein eingeschränkt kognitivistisches Verständnis zu Gunsten eines erweiterten integrativen Konzepts überwunden. Es wird anerkannt und verstärkt erforscht, dass Gefühle und Gedanken sich wechselseitig beeinflussen. Wir denken im Medium bestimmter Gefühlskonstellationen und kommen nicht selten gefühlsmäßig zu Einsichten, die begrifflich noch nicht zu fassen sind. Diese neue integrative Sichtweise auf das Denken ist insbesondere für die Didaktik der Lebenskunde von großer Bedeutung. Denkerziehung heißt heute also nicht nur im Sinne Kants »Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen«, sondern auch: Habe Mut, deine eigenen Gefühle wahrzunehmen, zu reflektieren und zu dialogisieren.

Zum selbstkritischen Überdenken von Erfahrungen – »Denket selbst.« Das für die Ausstellung gewählte Motto aus dem 18. Jahrhundert gilt, so denke ich, auch fürs 21. Jahrhundert. Damit der Appell besser »ankommt« und Wirkung zeitigt, sollten wir immer wieder unsere geschichtlichen und lebensgeschichtlichen Erfahrungen überdenken und in Rechnung stellen, was eigenes Denken massiv behindern oder sogar außer Kraft setzen könnte. Dazu gehören sowohl äußere politisch-soziale Einwirkungen (Werbung, Propaganda, Konformitätszwänge) als auch psychologische innere Mechanismen (Verdrängung und andere Formen der Abwehr peinlicher Einsichten). Selbst denken ist immer kritisch, gewiss, aber auch selbstkritisch.



Hier hätte ich gern noch ein Foto
der Ausstellung in Potsdam



Der bekannte Pädagoge Friedrich Adolph Wilhelm Diesterweg (1790-1866) trat für die »nicht-konfessionelle Schule« ein. Er wurde für sein Eintreten gegen die klerikale Vorherrschaft in der Schule 1847 unter Beschuldigung »sozialistisch-kommunistischer Tendenzen« des Amtes als Direktor des Berliner Lehrerseminars enthoben und 1850 vorzeitig pensioniert. Quelle: Museum für Kindheit und Jugend



Erstmals wurden weltliche Schulen 1770 im »Methodenbuch für Väter und Mütter der Familien und Völker« des Philanthropen Johann Bernhard Basedow (1724-1790) erwähnt. Er forderte eine Simultan- oder Gemeinschaftsschule unter staatlicher Oberaufsicht, in der Schüler verschiedener Konfessionen grundsätzlich gemeinsam unterrichtet werden. Quelle: Museum für Kindheit und Jugend

Die Französische Revolution brachte die erste nahezu vollständige Trennung von Staat und Kirche. Fortan hatten die Eltern die Verantwortung für die religiöse Erziehung der Kinder. Die religiösen Gemeinschaften wirkten außerhalb schulischer Einrichtungen des Staates.

Die deutschen Fürsten wollten sich vor dem Schicksal ihrer französischen Adelsgenossen bewahren. Sie führten nach dem Untergang des Deutschen Reiches 1806 verschiedene Reformen durch. Dazu zählte ein staatliches Schulwesen, in dem aber die moralische Erziehung weiterhin bei der christlichen Religion und den konfessionellen Kirchen verblieb.

Doch schon im »Vormärz«, der Zeit vor 1848/49, bezweifelten aufklärerische Philosophen und liberale Theologen Auftrag und Inhalt dieses Prinzips. Ihre Forderungen nach »Freiheit der Schule« und »Religionslehre« liefen auf den Abschied von kirchlicher Schulaufsicht, vom »paukenden Katechismus-Unterricht« und vom »Teufel als Kinderschreck« hinaus.

Aus Unzufriedenheit mit ihren Kirchen und durch die Einflüsse der Aufklärung sonderten sich zu dieser Zeit freireligiöse Gemeinschaften ab und riefen freie Glaubensgesellschaften auf Vereinsbasis ins Leben. In der Wahl ihrer Religion sollten die Menschen frei sein. Um die Geistesfreiheit zu befördern, entstanden 1840/41 die Protestantischen Freunde (»Lichtfreunde«) und 1844 Deutschkatholische Gemeinden (»Deutschkatholiken«). Aus ihnen gingen im späten Vormärz verschiedene freireligiöse Gemeinden hervor – in ihren Reihen die Demokraten der ersten Stunde, meist Gegner kirchlich beherrschter Bildungsinstitute.

Entgegen diesen Vorstellungen wurde in Deutschland nach der Revolution von 1848/49 die religiöse Erziehung erneut staatlich geregelt. Sie fand weiterhin an den Schulen statt.

»Denket selbst.«

1859 hatte die preußische Regierung den freireligiösen Gemeinden die Religionsfreiheit zugestanden und der Befreiung der Kinder der Dissidenten vom Religionsunterricht unter der Voraussetzung zugestimmt, daß sie anderweitigen Ersatzunterricht erhielten. Als solchen erkannte das zuständige preußische Ministerium der Geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten die von den Predigern der freireligiösen Gemeinden erteilten Unterweisungen an. Während des Sozialistengesetzes gewannen sozialistisch-atheistische Tendenzen in freireligiösen Gemeinden an Boden. Daraufhin mehrten sich Forderungen von konservativer Seite, diesen gottlosen und staatsfeindlichen Umtrieben den Boden zu entziehen.

»Wir betrachten jeden Menschen, wenn er auch aus einem anderen Stande, einem anderen Lande ist und eine andere Sprache redet als wir, als unseren Bruder oder unsere Schwester ...«

Als Konsequenz verfügte das preußische Kultusministerium 1892, daß Befreiungen vom Religionsunterricht nur noch dann möglich seien, wenn ein Ersatzunterricht erteilt werde, der den gesetzlichen Auflagen entspreche. Da der Jugendunterricht der Freireligiösen Gemeinden den staatlichen Kriterien, die verlangten, daß neben der

Gotterkenntnis auch die »Liebe zu Kaiser und Vaterland« zu vermitteln sei, häufig nicht entsprach, lehnten es die Schulaufsichtsbehörden nunmehr ab, Befreiungen vom Religionsunterricht zu erteilen. Die preußischen Kultusbehörden verweigerten immer häufiger dem von den Freireligiösen Gemeinden durchgeführten Jugendunterricht, der sich zu einem weltlich orientierten Ethikunterricht entwickelte und Vorbereitung auf die freireligiösen Jugendweihen war, ihre Zustimmung. In Berlin gab es bereits seit 1888 einen Konflikt darum, in der Folge setzte die Schulaufsichtsbehörde mehrfach dessen polizeiliches Verbot durch und überzog die Vertreter der Freireligiösen Gemeinde, die dennoch Jugendstunden abhielten, mit juristischen Verfahren.



Erinnerungsurkunde zur Jugendweihe aus dem Jahre 1888 der Freireligiösen Gemeinde Apolda. Quelle: Kulturhistorisches Archiv



Klasse einer Kleinkinderschule beim Gebet um 1900. Quelle: Aus der Bildersammlung Robert Alt, Museum für Kindheit und Jugend

1871 wurde in Deutschland die Staatsschule eingeführt. Nun galt es, die staatliche Schulaufsicht durchzusetzen. Darüber und über andere Fragen der Entkirchlichung des Staates (z.B. Monopol der Standesämter gegenüber den Kirchenbüchern) fand zwischen 1872 und 1888 in Deutschland ein »Kulturkampf« (Virchow) statt.

In dieser Zeit mußte sich auch der Religionsunterricht dem nationalistischen und militaristischen Zeitgeist anpassen und »Vaterland«, »Sittlichkeit« und »Gemüt« in den Vordergrund rücken. Zugleich gab es staatlich unterstützte Wandlungen weg von einer besonderen Christenlehre hin zu einem allgemeinen Moralunterricht.

Gegen Einseitigkeit und Verstaatlichung des Moralunterrichts setzten sich in der Folge nicht nur reformorientierte Theologen zur Wehr. Es entstanden Anfang der neunziger Jahre einige Organisationen, die einen rein ethisch begründeten Moralunterricht forderten – zur bedeutsamsten wurde die »Deutsche Gesellschaft für Ethische Kultur« von 1892. In ihr gründete sich 1901 die »Liga für Moralunterricht«, die an einem zusätzlichen Religionsunterricht festhielt.

Aus dieser Liga wurde 1906 der »Deutsche Bund für weltliche Schule und Moralunterricht«. Er forderte »die Verwirklichung der weltlichen Schule und die Einführung eines rein menschlich-natürlichen Moralunterrichts« (Satzung, §1) anstelle von Religionsunterricht. Der Bund erreichte bis 1914 etwa 2000 Mitglieder, davon mehr als die Hälfte Lehrer. (Direkter Nachfolger wurde 1920 der »Bund der Freien Schulgesellschaften«.)

»Zum Kulturkampf um die Schule«

*»Um jede Glaubens- und Gewissensverge-
wältigung aus der Schule zu entfernen, ...«*

Die volle Weltlichkeit des Schulwesens gehörte seit 1869 zum programmatischen Ziel der Arbeiterbewegung. 1906 legte die SPD schulpolitische Grundsätze vor, die beinhalteten, den kirchlichen Einfluß auf das Schulwesen zu beenden und den Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen.

Mit der Beseitigung der Monarchie in der Novemberrevolution 1918 gab es die Chance der Säkularisierung des Schulwesens. SPD und USPD gewährten durch Erlasse im November 1918 in Preußen Religionsfreiheit in der Schule und sie hoben die geistliche Ortsschulaufsicht auf. Lehrkräfte mußten nun nicht mehr gegen ihre Überzeugungen Religionsunterricht erteilen und Kinder konnten sich von der Teilnahme am Religionsunterricht befreien lassen. Die beiden sozialdemokratischen Kultusminister – Konrad Haenisch (SPD) und Adolph Hoffmann (USPD) – lösten mit ihrer Schulpolitik eine mächtige Protestwelle von katholischer und evangelischer Seite aus. Die Situation spitzte sich noch zu, als zur gleichen Zeit separatistische Bewegungen im Rheinland und in Oberschlesien aktiv wurden und damit die Einheit des Reichs gefährdet schien. Das führte zur Rücknahme der Erlasse vom November 1918 Ende Dezember. Die Auseinandersetzungen mündeten im Sommer 1919, als die Unterzeichnung des Versailler Vertrages anstand, im »Weimarer Schulkompromiß«.

Die Reichsverfassung von 1919 sah als zukünftige Regelschule die konfessionsübergreifende Gemeinschaftsschule vor. Artikel 146 eröffnete die Möglichkeit, auf Antrag der Erziehungsberechtigten »Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung« – und damit auch weltliche Schulen – einzurichten. Doch blieb die praktische Umsetzung dieser Verfassungsziele ausdrücklich einem noch zu verabschiedenden »Reichsschulgesetz« vorbehalten, wozu es nicht kam.

Vorposten auf Seite 31

Berlin, den 28. Dezember 1918

22255 2012

Herrn Hofmann

Empfangen am 28. 12. 1918
Eing. 7 8 462 418

Einschreibungs-
stempel durch
Königliche Besten
Vorsicht des Landestheils

Die die Provinzial-Verf.
Kommision mit Maximilian
50. Oktober 1918

Mit Rücksicht auf die
Lebhaften Bedenken der
gegen den Erlaß vom 29. Novem-
ber d. J. 1918 - über die
Pädagogik in der Schule geltend
gemacht worden sind, wird für
seine Durchführung überall dort,
wo sie auf ernste Schwierigkeiten
stößt, bis zur Entscheidung der
Nationalversammlung zurück-
gehalten.

Ministerium
Königliche
Kommision
Königliche
Kommision
Königliche
Kommision

28. Dezember 1918
Königliche
Kommision

Ministerium
Königliche
Kommision
Königliche
Kommision
Königliche
Kommision
Königliche
Kommision
Königliche
Kommision

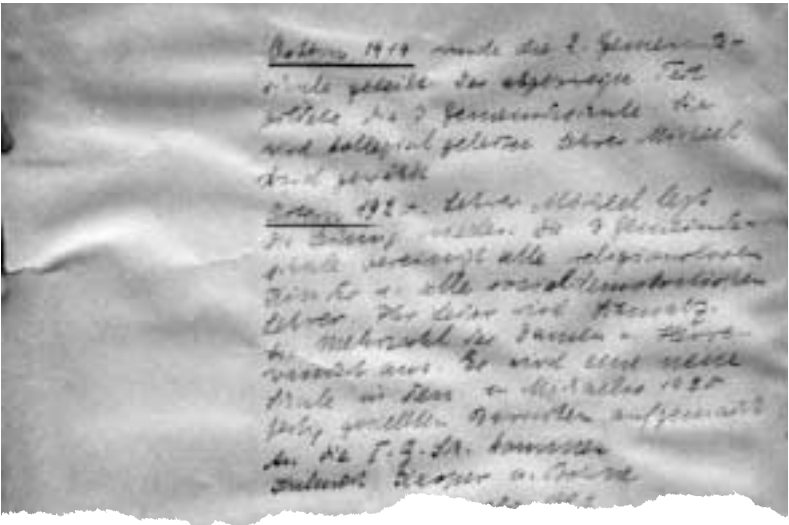
Mit dem Erlaß vom 28. Dezember 1918 nahm Konrad Haenisch (1876-1925) die gemeinsam mit Adolph Hoffmann gefaßten Erlasse vom November 1918 zurück. Hoffmann war am 10. Dezember 1918 der schweren Grippewelle, die in Berlin tausende Opfer forderte, erlegen und seitdem dienstunfähig, am 4. Januar 1919 schied er aus dem Amt.

Im handschriftlichen Entwurf ist Hoffmanns ablehnende Stellung zu diesem Erlaß, von Haenisch durchgestrichen. Sie lautet:
»Mit dieser Rücknahme von Erlassen die mit Einstimmigkeit hier erfolgt sind, bin ich nicht einverstanden!«

Haenisch setzt hinzu:
»Berlin, den 28. Dezember 1918
Mit Rücksicht auf die lebhaften Bedenken, die vielfach, insbesondere auch in den durch separatistischen Bestrebungen gefährdeten Landesteilen, gegen den Erlaß vom 29. November d. J. - U II 1918 - über die Stellung der Religion in der Schule geltend gemacht worden sind, wird hiermit angeordnet, daß seine Durchführung überall dort, wo sie auf ernste Schwierigkeiten stößt, bis zur Entscheidung durch die preußischen Nationalversammlung zu unterbleiben hat.
Haenisch«

Quelle: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

Auszug von 1920 aus der 1890 begonnenen Chronik der Schule in der Radickestr. von Adlershof, in der die erste weltliche Schule Preußens gegründet wurde. Die ungewöhnliche Chronik fand ihre Fortschreibung bis ins Jahr 1966 hinein. Quelle: Museum für Kindheit und Jugend



1919 wurde die 2. Klassen-
schule geleitet von abgänger. Teil
wird die 2. Klassenstufe die
nach kollegial geleitet durch Herr
K. K. K.

1920 wurde die 2. Klassen-
stufe geleitet von abgänger. Teil
wird die 2. Klassenstufe die
nach kollegial geleitet durch Herr
K. K. K.

Bei den Gemeindewahlen am 23. Februar 1919 erhielten in Adlershof SPD und USPD die Stimmenmehrheit. Auch der Lehrer Ernst Schmalz (SPD) wurde in die Gemeindevertretung gewählt. Hier übernahm er eine Reihe von Funktionen, u. a. war er Mitglied der Schuldeputation. Seit Sommer 1919 bot in Adlershof eine gemeinsam von SPD, USPD und KPD getragene Initiative einen unentgeltlichen »Unterricht in Religionsgeschichte und Lebenskunde (Moralunterricht)« an. Die Schuldeputation stellte am 3. Dezember 1919 und am 3. März 1920 an die Gemeindevertretung von Adlershof Anträge zur Errichtung einer weltlichen Schule, die am 12. März 1920 zum Beschluß führten. Ein wesentlicher Hintergrund mit dafür war, daß in Adlershof für 542 Kinder die Abmeldung vom Religionsunterricht vorlag. Am 3. Mai 1920 genehmigte Kultusminister Haenisch die Gesuche unter der Voraussetzung, »daß eines der dort vorhandenen drei Volksschulsysteme für solche Kinder eingerichtet wird, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, da bei der großen Zahl solcher Kinder (542) schultechnische Schwierigkeiten vermieden werden können«. (Felix Theegarten, Sammelklassen und Sammelschulen für die nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Kinder. Zusammenstellung der einschlägigen Ministerialerlasse, Berlin 1927, S. 19.)

Am 15. Mai 1920 wurde die 3. Gemeindeschule als erste weltliche Schule Preußens und Deutschlands gegründet. Ihren Lehrbetrieb nahm die Schule am 17. Mai 1920 mit Ernst Schmalz als Rektor auf.

*»Humane Bildung sei forthin auf Erden das
Losungswort – oh macht sie allgemein!«*

Die Kämpfe kirchenferner, dissidentischer Eltern, Schüler und Lehrer für die Einrichtung weltlicher Schulen ohne Religionsunterricht wurden durch eine massive Abmeldung von Volksschulkindern vom Religionsunterricht gefördert, die verfassungsrechtlich möglich war. Die vom Religionsunterricht abgemeldeten Schüler erfaßte man in »Sammelklassen« oder »Sammelschulen«, wie die amtliche Bezeichnung lautete.

Am 15. Mai 1920 wurde in Berlin-Adlershof die erste »Sammelschule« Preußens eröffnet. Ihr folgten in Berlin bis 1932 weitere 53 Schulen mit insgesamt 23000 Schülern.

Inhaltlich versuchten die weltlichen Schulen erstmals in breitem Maße die Ideen der Reformpädagogik praktisch umzusetzen. An Stelle des Religionsunterrichtes trat das Fach Lebenskunde. Die gemeinschaftliche Art des Lernens, das offene Verhältnis von Lehrern und Schülern sowie das Miteinander von Lehrerschaft, Eltern und Schülern waren charakteristisch für die weltlichen Schulen. Im Unterricht wurden Ansätze eines polytechnischen Unterrichts erprobt; es bildeten sich Arbeitsgemeinschaften, z. B. für Fotografie, Werken, Gartenbau. Im Schulgarten oder bei Exkursionen waren die Grenzen zwischen Unterricht und Freizeit aufgehoben, auch längere gemeinsame Ferienreisen in Schullandheime waren keine Seltenheit. Zum freieren Umgang miteinander hat auch die gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen beigetragen – eine Ausnahme in den Volksschulen der Weimarer Republik. Das Schuljahr war eingerahmt von Festen, die die Gemeinschaftserziehung fördern sollten, das waren Sonnenwendfeiern, Elternabende, weltliche Weihnachtsfeiern und, als Höhepunkt und Abschluß der Schulzeit, die Jugendweihen.

»Wir verlangen die weltliche Schule«



Im Jahre 1920 und 1921 forderten Eltern wie Kinder die weltlichen Schulen. Vor allem um die Einsetzung des Dissidenten und sozialdemokratischen Schulreformers Kurt Löwenstein (1885-1939) als Stadtschulrat von Neukölln war eine lange und heftige Auseinandersetzung entbrannt. Der Elternbeirat des Staatlichen Gymnasiums bezog gegen ihn Stellung: *»Er ist Atheist, und dadurch, wie auch durch seine jüdische Abstammung für den Posten des Oberschulrats an hauptsächlich christlichen Schulen vollkommen ungeeignet.«* (Neuköllner Tageblatt vom 23. September 1920). Löwenstein wurde am 14. Februar 1921 von den sozialdemokratischen und kommunistischen Bezirksverordneten der Neuköllner Bezirksversammlung auf zwölf Jahre zum besoldeten Stadtrat gewählt. Quelle: Kulturhistorisches Archiv



Lehrerkollegium auf dem Hof der weltlichen Schule Brandenburg-Neustadt (Katharinenkirchplatz 5) 1928/1929.

Quelle: Museum im Frey-Haus der Stadt Brandenburg

Im Gebiet des heutigen Landes Brandenburg wurden in den Jahren der Weimarer Republik insgesamt 7 weltliche Schulen eingerichtet.

In Nowawes, 1938 in Babelsberg umbenannt und 1939 nach Potsdam eingemeindet, eröffnete am 23. April 1922 die erste Sammelschule der damaligen Provinz Brandenburg. Nach 1926/1927 nahmen in Brandenburg/Havel, Frankfurt/Oder, Luckenwalde, Wittenberge und Finsterwalde weitere Sammelschulen bzw. Sammelklassen den Schulbetrieb auf. Statt des Religionsunterrichtes wurde das Fach Lebenskunde erteilt.

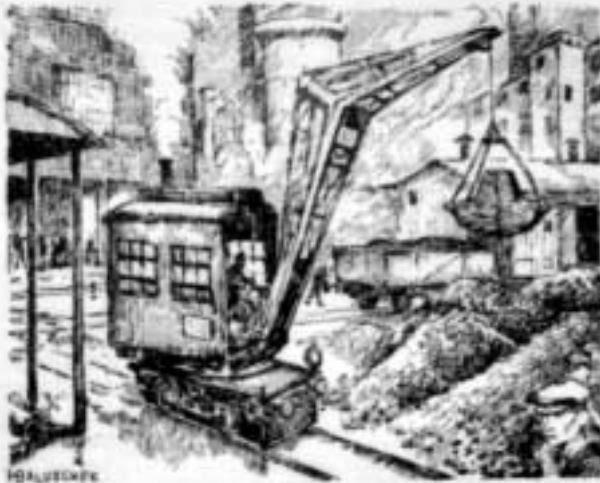
*»Die Sammelklassen nach dem
Stand vom 1. September 1930.«*

»... Arbeit in Einzelbildern, die dem Anschauungsbereiche der Kinder entnommen werden.«

Ende November 1919 wurden auf der ersten Tagung des Reichsschulausschusses mögliche Varianten zum konfessionellen Religionsunterricht diskutiert. Inzwischen hatten einige Gemeinden aus dem Großraum Berlin und aus dem Ruhrgebiet beantragt, an den Schulen einen Moralunterricht für die auf Antrag der Erziehungsberechtigten vom Religionsunterricht befreiten Kinder einzuführen. Im Januar 1920 teilte das preußische Kultusministerium den Antragstellern mit, daß nichts gegen die Erteilung eines Moralunterrichts einzuwenden sei, sofern dieser für alle Beteiligten auf freiwilliger Basis stattfindet.

Daraufhin beschloß der Magistrat der damals noch selbständigen Stadt Berlin-Lichtenberg zum neuen Schuljahresbeginn Ostern 1920 einen Unterricht in »sittlicher Lebenskunde« parallel zu den Religionsstunden einzurichten. Damit begann die Geschichte von Lebenskunde als Schulfach in Berlin. Ab 1924 ist Lebenskunde in Berlin als eigenständiges Lehrfach im Lehrplan der Volksschulen verankert. Fortan entbrannte eine Debatte darüber, ob Lebenskunde Fach oder Unterrichtsprinzip sein sollte. Lernziele waren Selbstbestimmung und sozialen Verantwortung. Die Schüler sollten ethische Grundkenntnisse möglichst selbständig gewinnen. Das Fach bestand aus Lese- und Diskussionsstunden, deren Maximen Toleranz, Solidarität, Aufrichtigkeit und Verantwortlichkeit waren.

Wo Vater arbeitet



Wiegenlied.

Draußen lärmt der Stadt Gedräng,
Durch die Straßen geht der Wind.
Vater kommt heut spät noch hent,
Schlafe, schlafe, liebes Kind!

Vater ist in einem Saal,
wo viele tausend Menschen sind.
Alle träumen sich ein Teil
voller Blumen ihrem Kind.

Keine grauen Mauerreih'n,
keine Fenster, trüb und blind,
allen Menschen Sonnenchein ...
Schlafe, schlafe, liebes Kind!

DRUCK VERLAGSST. 1926

Diese Zeichnung stammt aus einem der wenigen Lesebücher, daß in der Weimarer Zeit speziell für weltliche Schulen herausgegeben wurde. Das Lesebuch »Berliner Kinder« aus dem Jahre 1926 versah der Künstler Hans Baluschek (1870-1930) mit 21 Zeichnungen, in denen er die Lebenswelt seiner Leser realistisch darstellte. Quelle: Museum für Kindheit und Jugend

Ausgabe von Schulspeisung an
der weltlichen Friedrich-Ebert-
Schule in Luckenwalde nach 1930.

Quelle: Heimatmuseum Luckenwalde



Die Ortsgruppen des Vereins der Freidenker und für Feuerbestattung, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Sozialdemokratischen Wahlvereins in Luckenwalde beantragten am 2. Dezember 1927 beim sozialdemokratisch geführten Magistrat der Stadt, ab 1. April 1928 für die nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Kinder eine Sammelschule einzurichten. Die Schulaufsichtsbehörden gaben dazu ihre Zustimmung. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Wittenberge des Bundes der Freien Schulgesellschaften, Erwin Münchow wurde Rektor. Am 7. August 1930 wurde der im Bauhaustil neu errichtete Schulkomplex für die weltliche Friedrich-Ebert-Schule in Luckenwalde eingeweiht und am 8. August 1930 nahmen die Schüler der Sammelschule ihr neues Schuldomizil bei einem Schulfest in Besitz. Es war 1930 die modernste Volksschule Deutschlands.

»Die Gebäudegruppe besteht aus kubischen Baukörpern mit Flachdach: Den Haupt- und zugleich Mittelteil bildet das viergeschossige Schulgebäude, das jeweils an den kurzen Seiten vom Theater bzw. von der Turnhalle mit Zeichenterasse und Astronomieturm begrenzt wird... 1991 bis 1998 [erfolgten] umfangreiche Restaurierungs- und Sanierungsmaßnahmen durch die Stadt.« (Thomas Drachenberg, Stadttheater und ehemalige Doppelvolksschule. In: Historische Faltblätter Luckenwalde, Nr. 3)

*»Baudenkmal der Moderne...
Reformpädagogische Prinzipien«*

In Preußen gab es 1931 insgesamt 289 weltliche Schulen. An diesen Schulen unterrichteten etwa 2427 Lehrer 98634 Kinder. Das war 1 Prozent aller Schüler.

Zentren der weltlichen Schulbewegung waren Berlin, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Bochum, Braunschweig, Breslau, Halle, Hamburg, Hannover und Magdeburg. Die weltliche Schulbewegung wurde vor allem durch die der SPD nahe stehende Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen, dem Bund Entschiedener Schulreformer, dem Bund der Freien Schulgesellschaften sowie von Freidenkerorganisationen unterstützt.

Die Erteilung von Lebenskunde war abhängig von den politischen Konstellationen. In den

»Es ist ... gefestigte Lebenshaltung zu gewinnen.«

Gemeinschaftsschulen in Anhalt-Dessau, Hamburg, Hessen, Lippe-Detmold, Sachsen und Thüringen erhielten die vom Religionsunterricht abgemeldeten Schüler Lebenskunde statt Religion. So nahmen 1930 in Sachsen 70000 Schüler am Lebenskundeunterricht teil.

Die weltlichen Schulen unterlagen von Anfang an massiven Anfeindungen. 1929 bzw. 1930 reichten die Deutschnationale Volkspartei und der Bund für christlich-evangelische Erziehung Verfassungsklagen ein, die aber nicht erfolgreich waren. Von 1931 an startete die NSDAP parlamentarische Initiativen gegen die weltlichen Schulen. Für Braunschweig, wo vier weltliche Schulen bestanden, verfügte der dort von der NSDAP gestellte Kultusminister bereits zum April 1932 die Einstellung des Lebenskundeunterrichts und das jahrgangsweise Auslaufen der weltlichen Schulen.



Einschulung an der weltlichen Schule Halle-Nord. Quelle: Kulturhistorisches Archiv

Abgang
 20/1-22
 Die Reichstagswahlen ergaben
 die absolute Mehrheit für die
 Vereinigten Nationalen Parteien:
 N + D + P + 3. N. V. + Stahlhelm.

24/2.22
 Die feierl. Eröffnung des Reichs-
 tags fand am 1. ~~ganz~~
 in Potsdam statt. Die Stube
 nahm am Landtagssitz an der
 der wahren Hauptstadt.

15. 22
 In grandioser Weise wurde
 auf dem Tempelhofer Platz
 die nationale Arbeit gefeiert.
 In der Turnhalle, welche mit
 besond. Landtagssitz-Decke
 versehen wurde - nahm die
 Schule daran teil. Die Schulen
 der Umgegend feierten
 am Lustgarten u. die nächst-
 gelegenen Schulen des Reichs-
 Landtag im Grolander Park.

Jani
 1933

100
Reinigungsaktion.
 die nationale Reinigung für
 2. grünl. Reinigung der gesamten
 Bevölkerung von unästhetischen
 Klempfen.

Es waren beurlaubt
 die Schulleiter Buchholz, u.
 Gummert.
 der Rektor: Schulz
 i. Adressat u. im vollen
 Fax für Rektor Hecker der
 Leiter d. 17. Schule. Diese An-
 sichten wurde am nächsten
 Tage korrigiert.

Am 11. Jani wurden folg.
 Lehrer beurlaubt
 17. Schule: Hilfskulleiter Fickler,
 Fr. Wirth, Fr. Nover
 18. S. : Buchhalter Geydel, We-
 gant u. Fr. Stromberger
 16. S. : Buchhalter.

Fr. Nover wird am
 Ende Mai auf
 Fr. Wirth beurlaubt.

am 17. Schule übernommen. Mit dem Hecker hat
 der Leiter Pleiss an diese Schule.
 Diese Verfügung ist wichtig auf-
 gehoben worden, nachdem im Kollegium
 der 18. Schule die Erklärung abgegeben
 hat, daß alle sich auf den Boden
 der Konfessionsneutralität u.
 Religions-N. gehen.

24/2.22
 Thier

Auflösung d. vollen
 Schulen.
 Die 18. vollen Schule wurde
 Ostern 1933 keine neuen Schüler
 auf. Die angemeinsten Schülerin-
 nen werden d. 17. Schule über-
 wiesen.
 1935. Außerdem wurde verfügt, alle
 nächsten Klassen ebenfalls auf-
 zulösen. Daraufhin wurde die
 18. Klassen: Die beiden nächsten
 Klassen d. 18. Schule werden für
 2. gemischten Klasse übernahm.

Auszug aus der Schulchronik 1933 der
 weltlichen Schule in der Radickestr. Berlin-
 Adlershof. Quelle: Museum für Kindheit und Jugend

Die weltlichen Schulen waren für die Nationalsozialisten Orte des selbstbestimmten und humanistischen Denkens und Handelns, die zerstört werden mußten. Bereits am 25. Februar 1933, kurz nach dem Beginn der NS-Diktatur, wurde per Erlaß für Preußen die Auflösung der weltlichen Schulen und das Verbot des Lebenskundeunterrichts verfügt. Die NS-Diktatur gab dem Fach einen völlig anderen Inhalt als »lebenskundlicher (biologischer) Unterricht«, in dem vor allem Rassenkunde und Vererbungslehre behandelt wurden.

Mit einem brutalen, bisher nicht gekannten Terror ging das NS-Regime gegen politische Gegner und Andersdenkende vor. Mit der Vertreibung des gewählten Berliner Stadtschulrates, des Sozialdemokraten Jens Nydahl, aus dem Amt und der Einsetzung des NSDAP-Funktionärs Ernst Meinshausen als »Staatskommissar für das Berliner Schulwesen« im Februar 1933 begann die Ausrichtung der Berliner Schulen im Sinne der NS-Ideologie.

Auf Grundlage des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom April 1933 wurden die kommunistischen, sozialdemokratischen, freidenkerischen und jüdischen Lehrer aus dem Schuldienst entlassen bzw. beurlaubt. Die neu zusammengesetzten Schulkollegien wurden verpflichtet, »die Schule zu einer christlichen Schule umzugestalten, in der die Erziehung zu nationalem Wollen und Fühlen die Hauptsache sein sollte.« (Schularchiv der Wilhelm-Hauff-Grundschule.)

Für die Schüler der ehemals weltlichen Schulen waren die Veränderungen ebenfalls einschneidend: NS-Ideologie, Prügelstrafe, Paukpädagogik, das Ende der Koedukation, Religionsunterricht sowie ein Außenseiterstatus für die anderen Schulen Zugewiesenen bestimmten nunmehr ihren Schulalltag.

*»Das Ende des Humanismus
ist da!«*

*»Für Freiheit, Brot und Friede!
Krieg dem Wahnsinnskriege!«*

Generell war Widerstand gegen die NS-Herrschaft die Sache einer Minderheit. Das galt auch für den Kreis der Lehrer und Absolventen der weltlichen Schulen. Jedoch waren jene, die sich als Lehrende oder Lernende den Zielen der weltlichen Schulbewegung verpflichtet fühlten, überproportional im Widerstand vertreten. Diese Tatsache ist kaum überraschend, waren sie doch fest in der Arbeiterbewegung verwurzelt, die den größten Repressalien ausgesetzt war und das größte Potential des Widerstandes bildete, dem Vertreter aller Gesellschaftsschichten angehörten. Das Spektrum ihrer Aktivitäten war breit. Allein daraus, daß sie zunächst nur ihren Zusammenhalt wahrten und sich gegenseitig unterstützten, ergaben sich dann zumeist fast zwangsläufig Widerstandshandlungen.

Erstaunlich ist, wie viele der Schüler und Schülerinnen der weltlichen Schulen, die 1933 zumeist noch Kinder waren, später den Weg in den Widerstand fanden. Neben der entsprechenden Prägung durch die Elternhäuser hat offenbar auch die in den weltlichen Schulen genossene Erziehung dazu beigetragen, zum NS-Regime kritische Distanz zu wahren. Entsprechend suchten etliche von ihnen Kontakt zum oppositionellen Milieu der Arbeiterbewegung, einige leisteten als junge Erwachsene aktiv Widerstand, manche zahlten dafür mit ihrem Leben.



Der neunzehnjährige Heinz Willhagen (rechts) und der achtzehnjährige Walter Nieck – beide gehörten zu diesem Zeitpunkt der Widerstandsgruppe »Die Rote Flamme« an. Im Jahr 1941 schlossen sich fünf Freunde aus Alt-Stralau, die alle bereits in ihren Familien und Freundeskreisen Verfolgung und Widerstand erlebt hatten, zu einer Widerstandsgruppe zusammen. Sie kannten sich seit ihrer Kindheit, hatten gemeinsam die weltliche Schule in der Marktstraße (Lichtenberg) besucht und waren bei den Roten Jungpionieren sowie im Arbeitersportverein Fichte aktiv gewesen. Es waren dies Rudi Kempin, Walter Nieck, Werner Strophal, Rudi Storr und Heinz Willhagen, alle zwischen 19 und 21 Jahren alt. Sie gaben ihrer Gruppe den Namen »Die Rote Flamme«. Die Gruppe machte zunächst Flugblattaktionen. Sie druckten die Flugblätter auf einem Abzuggerät ihres Sportvereins SV Stralau. Da drei der jungen Männer aufgrund von Kriegsverletzungen relativ schnell wieder aus der Wehrmacht entlassen wurden, konnte die Gruppe ihre Aktivitäten im Jahr 1942 fortführen. Nunmehr half sie Untergetauchten und unterstützte französische ZwangsarbeiterInnen, die seit 1942 in einem großen Lager in Stralau untergebracht waren. Nach seiner erneuten Einberufung im Herbst 1944 lief Heinz Willhagen zur Roten Armee über und arbeitete für das »Nationalkomitee Freies Deutschland« unter deutschen Kriegsgefangenen. Quelle: Heinz Willhagen



Mittelschule
der Reichsmessestadt Leipzig

Halbjahrs-Zeugnis

für Werner B e y e r

Klasse M II 2. Halbjahr 19 41/42

Führung und Haltung:

sehr gut

Wegen vorbildlichen Sammeleifers im Mai erhielt B.
eine Prämie.

Leistungen:

	Leistungsbang		
Deutsch: Spr. Ausdruck	<u>sehr gut</u>	Rechnen u. Hauslehre	<u>gut</u>
Rechtswesen	<u>gut</u>	Algebra	<u>gut</u>
Sprachlehre	<u>gut</u>	Mathematik	<u>gut</u>
Schreiben	<u>gut</u>	Zeichnen u. Werken	<u>gut</u>
Geschichte	<u>gut</u>	Handarbeiten	<u>gut</u>
Erfindung	<u>gut</u>	Hauswerk	<u>gut</u>
Musik	<u>gut</u>	Englisch	<u>gut</u>
Lehrerkunde <small>Physik, Chemie, Biologie</small>	<u>gut</u>	Italienisch	<u>gut</u>
Bücherkunde	<u>gut</u>	Französisch	<u>gut</u>
Naturlehre	<u>gut</u>	Kurzschrift	<u>gut</u>
Cartesius	<u>gut</u>	Maschinenzeichnen	<u>gut</u>

Gesamtleistung: gut

Verlässliche Schutlage: gundefertigt ungründfertig

Günther
Unterschrift des Klassenlehrers

Lied
Unterschrift des Schülers

Leistungsnoten:

Sehr gut = mit über 90 Prozentpunkten, Gut = vorwiegend über dem Durchschnitt, befriedigend = befriedigend, Mangelhaft = ohne Befriedigung, unzureichend = unzureichende Leistungen, wenn auch nicht über dem Durchschnitt, Mangelhaft = sehr unzureichende Leistungen, jedoch bei Vorhandensein wesentlicher Grundlagen auf der Höheleistung eines künftigen Ausgebildeten, Unzureichend = völlig unzureichende Leistungen, über keinen Grundtagen, bezüglich der Arbeit und der nachfolgenden Zeit, unzulässig.

»Stoffkreis: Blut und Boden.«

Mit Beginn der NS-Diktatur 1933 wurde Rassenkunde in den Schulen Unterrichtsprinzip in allen Fächern. Einer der wichtigsten Lehrinhalte war die Begründung und Rechtfertigung des Dogmas von der rassistischen Ungleichwertigkeit der Menschen und Völker. Es wurde behauptet, die deutsche »Herrenrasse« habe zu herrschen, die minderwertigen Völker hätten zu gehorchen oder müßten ausgerottet werden. Mit den Fächern Geschichte, Erdkunde und Deutsch bildete der »lebenskundliche (biologische) Unterricht« das Zentrum nationalsozialistischer Gesinnungsbildung. Dabei sollte die Biologie die wissenschaftliche Untermauerung der rassistischen NS-Ideologie liefern. Das Schulfach Biologie mit den Fachgebieten Botanik, Zoologie, Vererbungs- und Rassenlehre sowie Gartenbau wurde in der NS-Zeit für die Volks- und Mittelschulen in den Naturkundeunterricht eingegliedert. Diesem Fach gehörte zugleich »Lebenskunde« als Teilgebiet an. Konzeptionell war es als »lebenskundlicher (biologischer) Unterricht« angelegt. Gegenüber den Intentionen der Reformpädagogik in der Weimarer Republik erhielt der Begriff Lebenskunde einen gänzlich neuen Inhalt. Eine der ersten 1933 in Preußen auf Lehrinhalte bezogenen nationalsozialistischen Verfügungen galt dem Unterricht in Naturkunde mit dem Titel »Vererbungslehre und Rassenkunde«. Die Verfügung stellte die auffälligste Veränderung im Unterricht dar, sie wurde 1935 auf das gesamte Reich ausgedehnt. Die Erkenntnisse über die Natur und ihre Gesetze wurden selektiv von der Pflanzen- und Tierwelt auf den Menschen und die menschliche Gesellschaft übertragen, um die Schüler entsprechend der Klassenstufe mit dem Gesellschaftsbild der Nationalsozialisten zu indoktrinieren.

Nach der Befreiung des deutschen Volkes durch die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition kam das gesellschaftliche Leben nur schwer wieder in Gang. Die meisten Menschen rangen in den ersten Nachkriegsjahren um das nackte Überleben. Doch trotz der Wirren und Mühen der Zeit waren die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft in Frieden und Freiheit groß.

Die Vertreter der beiden Arbeiterparteien versuchten das politische und kulturelle Leben Deutschlands auf demokratischer Grundlage wiederzubeleben. Über die Parteigrenzen der Kommunisten und Sozialdemokraten hinweg bemühten sich Freidenker und Freireligiöse jungen Menschen demokratische Werte und Lebenssinn zu vermitteln. Die Wiederaufnahme der Tradition der Jugendweihe und des lebenskundlichen Vorbereitungsunterrichts spielte hierbei eine herausragende Rolle. 1947 wurden die ersten freidenkerischen Jugendweihen in Berlin nach der NS-Diktatur und dem Krieg durchgeführt; Hamburg erlebte dieses Ereignis bereits ein Jahr zuvor.

»...*der Mensch ist gut!*«



Die Lage der Kinder war in den vierziger Jahren besonders schwer. In Neukölln hatte jedes fünfte Kind den Vater durch den Krieg verloren, nicht wenige auch die Mutter. Jedes zweite Kind lebte 1945/1946 in nicht beheizbaren Räumen. Die Hälfte der Kinder besaß keine ausreichende Winterbekleidung und mehr als 70 Prozent mußten sich mit unzureichendem Schuhwerk begnügen. Die Vermittlung demokratischer und humanistischer Werte war in dieser Situation schwierig, aber um so wichtiger. Quelle: Aus der

Bildersammlung Robert Alt, Museum für Kindheit und Jugend.

Das Buch »Weltall – Erde – Mensch« war ein populärer Abriss, der die Grundzüge des Marxismus-Leninismus und seine Sicht auf die gesetzmäßige Entwicklung von Natur und Gesellschaft vermittelte. Das Vorwort zu diesem Buch kam von Walter Ulbricht und hatte eindeutig politischen Inhalt. Zu den Autoren der ersten Ausgaben gehörten so namhafte Wissenschaftler und Kommunisten wie Robert Havemann und Jürgen Kuczynski. Seit 1955 wurde es millionenfach an die Teilnehmer der Jugendweihe übergeben. Quelle: Kulturhistorisches Archiv

WELTALL ERDE MENSCH



VERLAG NEUES LEBEN BERLIN

Nachdem 1949 in der DDR staatlicherseits die Jugendweihen durch Schulentlassungsfeiern ersetzt wurden, entschloß sich die SED-Führung 1954 zu ihrer Wiedereinführung. Die Jugendweihen und die Jugendweihestunden sollten jetzt jedoch zu einem Bekenntnis zum Staat werden. Im Aufruf vom November 1954 hieß es, daß die Jugendlichen »am Aufbau ihres Lebens, der Gesellschaft und des Staates mitwirken«. Und an anderer Stelle: »Die Jugendweihe ... soll sie anspornen, alle ihre Fähigkeiten zum Wohle ihres Vaterlandes zu entfalten.« Nur aus der Situation der Zeit und ihren Konfrontationen ist erklärlich, warum dieser eigentlich einengende Aufruf von so namhaften Künstlern wie Johannes R. Becher, Stephan Hermlin, Anna Seghers und Wolfgang Langhoff unterzeichnet wurde.

Mit der Jugendweihe und den Jugendweihestunden ab Frühjahr 1955 wurden von der SED-Führung die Traditionen der Arbeiterbewegung nur vordergründig aufgenommen. Das zeigt sich allein daran, daß das Gelöbnis zu einem Schwur auf den Staat DDR wurde.

Die Jugendweihe und die Jugendweihestunden in der DDR wurden kurze Zeit nach ihrer Einführung von allen Parteien und allen bedeutsamen gesellschaftlichen Organisationen – mit Ausnahme der Kirchen – unterstützt. Ab 1960, noch vor dem Bau der Berliner Mauer, nahmen fast alle Jugendlichen des Landes an den Jugendweihen teil; dazu trug ohne Zweifel der politische Druck, aber auch eine gehörige Portion Opportunismus und Gedankenlosigkeit bei. Aber die Jugendweihen waren in der DDR nicht nur ein politisches Ereignis, sondern spielten in den Familien eine wichtige Rolle im Feierkalender. Für die Mehrheit der Jugendlichen und ihre Familien rückte der politische Inhalt des Rituals und Festes zunehmend in den Hintergrund.

*»... ein wichtiges Element im System
der sozialistischen Erziehung.«*

1953 konstituierte sich in West-Berlin ein Arbeitskreis für Lebenskunde, der versuchte, den Deutschen Freidenker-Verband, die Freigeistige Gemeinschaft Berlin – die heutige Freireligiöse Gemeinde Berlin – und den Deutschen Monistenbund als gemeinsamen Rechtsträger für einen solchen Unterricht zu gewinnen, was zunächst fehlschlug.

Nach mehreren Anläufen fiel am 28. April 1959 der noch heute gültige Beschluß des Senats, daß die Durchführung und Finanzierung des Lebenskundeunterrichts nach den gleichen Grundsätzen zu regeln sind wie der Religionsunterricht der Kirchen. Als Rechtsträger wurde der Berliner

Deutsche Freidenker-Verband bestätigt.

*»Die eine Seite des Hauses
hat nicht das Monopol ...«*

Der Widerstand christlich-konservativer Kreise gegen den Lebenskundeunterricht war ungewöhnlich groß. Im März 1960 kam es im Berliner Abgeordnetenhaus zu derart heftigen Auseinandersetzungen zwischen der CDU und der SPD, daß

eine Regierungskrise nur mit Mühe abgewendet werden konnte.

Der Lebenskundeunterricht blieb jedoch am Anfang der sechziger Jahre eine schulpolitische Randerscheinung. Es gelang nur in sechs Bezirken Berlins vereinzelt Lebenskundegruppen an den Schulen zu bilden. 1963 wurde dieser Unterricht eingestellt. Das gesellschaftliche Klima der Wirtschaftswunderjahre, die besonderen Anfeindungen des Lebenskundeunterrichts in der Hochzeit des Kalten Krieges und große organisatorische Schwächen boten damals keine Basis für dieses Fach.

Unglaublich: 90000 DM bereitgestellt

Westberlin finanziert Gottlosenpropaganda!

Das hat noch gefehlt!

Willy Brandt, Bürgermeister von Berlin, ist ein vielgefeierter Mann. Alle Welt hebt ihn in den siebenten Himmel. Er reist ja auch in alle Welt. Manchmal mit Schön-Rut, seiner hocheleganten Frau. Willy und Rut werben für Berlin. So weit, so gut. Aber Willy Brandt ist und bleibt zunächst maßgeblicher Funktionär der SPD, Spitze der SPD-Funktionäre im Berliner Abgeordnetenhaus, das soeben für die »probeweise Durchführung eines Lebenskunde-Unterrichts« den Betrag von 90 000 DM bereitgestellt hat. Weitere Mittel sollen folgen.

Den »Lebenskunde-Unterricht« jedoch erstellen — Freidenker!

- Gottlose bekommen 90 000
- Mack und demnächst mehr,
- wenn sie über Gottlosen-
- Propaganda in West-
- Berlin unter die Leute
- bringen. Als »Lebenskunde«
- ausgerechnet!

Sogenannte »Lehrer« des sehr »höflichen Deutschen Freidenkerbundes, Landesverband Berlin, begannen in aller Kürze mit diesem vom Berliner Abgeordnetenhaus genehmigten »Lebenskunde«-Gottlosenunterricht! — Wer nicht am konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen will, soll zur Freidenker-Lebenskunde kommen!

- Plakate in den Berliner Schulen und Meschbüttel der
- Gottlosenpropaganda fürs Elternhaus werben für diese
- »Lebenskunde«.

»Die jungen Menschen sollen auf die vielfältigen Aufgaben des Lebens vorbereitet werden.«

Die Jugendweiche, so heißt NEUE BILDPOST, kommt im zweiten Akt.

In West-Berlin, vor dessen gefährdeten Toren, nach Osten hin, bereits die Sumpfbüden der Gottlosenpropaganda verheerend wuchern.

Im Westberliner Neu-Kölln fangen die Freidenker mit ihrer »Lebenskunde« an. 1960 sollen vier weitere Westberliner Bezirke folgen.

Mit Unterstützung des Berliner Abgeordnetenhauses und des Bürgermeisters Willi Brandt, den auch Christliche Demokraten in den siebenten Himmel heben.

Weil sie nur den — glaubwürdig — für die Berliner Freiheit eintrittenden Regierenden Bürgermeister sehen samt hocheleganter Frau Rut.

- Nicht aber den verschworenen Sozialdemokraten, den
- SPD-Funktionäre und Marsalsten, der den Freidenkern,
- die Gottlose stand, Geld ankommen läßt, damit sie »junge Menschen auf das Leben
- vorbereiten können« — auf ein Leben ohne Gott, ohne
- Kirche, ohne Religion! G.D.

Die katholisch orientierte Wochenzeitung »Neue Bildpost« setzte im Oktober 1959 – in diesem Monat begann der Unterricht an den Schulen – zu einer heftigen Attacke gegen den Lebenskundeunterricht sowie die Sozialdemokratie und besonders Willy Brandt an. Quelle: Kulturhistorisches Archiv



Im Oktober 1989 behandelten die Kinder einer 3. Klasse der Fritz-Karsen-Schule im Lebenskundeunterricht das Thema »Natur und Umwelt«. Darja, Janine, Nicolas, Claus, Michaela, Janina und Svenja besprachen die Fragen mit ihrem Lehrer Ekkehard Skoring nicht nur, sondern wurden aktiv: In einem Brief an die damalige Umweltsenatorin fragten sie an, warum die Heizkörper ihrer Schule nicht zu regulieren sind und so Energie verschwendet wird. Quelle: Kulturhistorisches Archiv

»Für die konfessionslosen SchülerInnen ...«

Der Berliner Deutsche Freidenker-Verband bemühte sich seit 1980 erneut um die Trägerschaft für den Lebenskundeunterricht, der an die – nie gänzlich abgebrochenen – Traditionen anknüpfen sollte. 1982 erhielt er von der christdemokratischen Senatorin Hanna-Renate Laurin die Genehmigung für einen entsprechenden Schulversuch an der Theodor-Storm-Schule in Neukölln, der erfolgreich verlief.

1984 gewährte der Senat dem Berliner Deutschen Freidenker-Verband die dauerhafte Zulassung für den freiwilligen, weltanschaulichen und nichtreligiösen humanistischen Lebenskundeunterricht.

Der gesellschaftliche Umbruch in der DDR 1989/90 und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten veränderten die Situation der Schulbildung im heutigen Brandenburg grundlegend. Nach der Abschaffung des Staatsbürgerkundeunterrichts an den Schulen der DDR wurde ein Fach Gesellschaftskunde erprobt, bei dem auch Fragen der Lebensgestaltung, der Ethik und der Religionskunde vorgesehen waren. Eine »Volksinitiative Bildung« schlug Anfang 1990 die Einführung eines Pflichtfaches »Lebensgestaltung« vor.

Im Oktober 1990 empfahl die Kommission »Ethische Bildung« des letzten DDR-Bildungsministers das Fach »Lebensgestaltung/Ethik«. Nur in dem im Oktober 1990 gegründeten Land Brandenburg wurde dieser Vorschlag aufgegriffen. Er führte schließlich über einen Modellversuch zum heutigen Fach »Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde« (LER), das schrittweise ab Schuljahr 1996/97 und zunächst für die Klassenstufen 7 bis 10 eingeführt wurde.

In Berlin vollzog sich nach der Vereinigung eine andere Entwicklung: Der in der Trägerschaft des Deutschen Freidenker-Verbandes liegende dauerhaft zugelassene freiwillige, weltanschauliche und nichtreligiöse humanistische Lebenskundeunterricht fand immer mehr Verbreitung; gegenwärtig besuchen ihn ca. 30.000 Schüler.

LER ist bis in die Gegenwart umstritten. Im Juli 1996 reichten das Erzbistum Berlin, die Bistümer Görlitz und Magdeburg und die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg gegen das Fach Verfassungsbeschwerde ein; gleiches taten später Elternpaare und Schüler sowie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das Bundesverfassungsgericht unterbreitete am 11. Dezember 2001 den streitenden Parteien einen Vergleich, der LER nicht in Frage stellt, aber eine Aufwertung des kirchlichen Religionsunterrichts und damit perspektivisch auch des Unterrichts anderer Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften vorsieht.



Menschen geben ihrem Leben einen Sinn – Lebenskundeunterricht heute

Der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg (HVBB) hat im Juni 2000 beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport einen Antrag auf Erteilung von Lebenskundeunterricht in den Schulen gestellt. Ab dem zweiten Schulhalbjahr 2002 werden Lebenskunde-Arbeitsgemeinschaften mit finanzieller Unterstützung der Landesregierung angeboten. Der Humanistische Verband hofft, die rechtlich und schulisch gebotene Gleichbehandlung mit den Kirchen in Kürze verwirklichen zu können.

Lebenskunde bietet Orientierung und Lebenshilfe aus nichtreligiöser-humanistischer Sicht.

Grundlagen des Lebenskundeunterrichts sind:

- die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen
- wissenschaftliche Erkenntnisse über die Natur und die Gesellschaft
- soziale Verantwortung
- Selbstbestimmung
- Gerechtigkeit
- Toleranz
- Vernunft und Aufklärung

Der Lebenskundeunterricht sucht Antworten auf grundlegende menschliche Fragen wie zum Beispiel:

- Wie kann ich meinem Leben einen Sinn geben?
- Was ist ein glückliches Leben?
- Was ist meine Lebensauffassung?
- Was ist für mich Wahrheit?
- Was ist für mich das Ungewisse?
- Wie begründe ich meine Ethik?
- Was ist meine Einstellung zu Tod und Sterben?

Manuscriptlicher Verband
Deutschlands
Landesverband Berlin



**MEIN
TIER
UND
ICH**

Lebenskunde 1/2

Wie wird der Unterricht gestaltet?

- Lebenskunde geht von den Erfahrungen, Problemen und Gefühlen der Kinder aus. Ihre Fragen nach dem Sinn des Lebens bestimmen Inhalt und Gestaltung des Unterrichts.
- Schülerinnen und Schüler setzen sich mit moralischen Fragen auseinander. Sie werden ermuntert, über sich selbst und die Welt nachzudenken, um sich ihrer Verantwortung für das Leben bewußt zu werden.
- Kinder erhalten die Möglichkeit, angstfrei und ohne Bevormundung über das zu reden, was ihnen »unter den Nägeln brennt«. Themen wie Freundschaft, Liebe oder Ärger mit Erwachsenen kommen ebenso zur Sprache wie Fragen nach dem Umgang mit Krankheit und Tod.

Ziele des Lebenskundeunterrichts

Lebenskunde ist ein Unterricht, der eine humanistische Lebensauffassung vertritt, mit der Menschen die Verantwortung für ihr Denken und Handeln begründen.

Die Schülerinnen und Schüler können lernen, dass es keinen vorgegebenen Sinn des Lebens gibt, aber dass Menschen ihrem Leben einen Sinn geben können.

Der humanistische Unterricht stellt die Würde jedes einzelnen Menschen ins Zentrum seiner Überlegungen. Er versucht, die Kraft zur Toleranz und zur Solidarität zu stärken, aber er möchte junge Menschen auch befähigen, gegen Dogmatismus und Fanatismus bewußt Widerstand zu leisten.

Im Lebenskundeunterricht werden Religionen als von Menschen entwickelte Glaubenssysteme analysiert, in ihrer Trost- und Hoffnungstiftung begriffen und in ihrer kulturbildenden Funktion dargestellt.

Der Lebenskundeunterricht ist eine Ergänzung des wissenschaftlichen Unterrichts der Schulen. Er bietet die Gelegenheit, Lebenssinn zu entwickeln und universelle Werte wie die Menschenrechten kennen zu lernen.

Impressum

» ›Denket selbst.« Zur Geschichte des Unterrichtsfaches Lebenskunde«
ist eine Ausstellung des Humanistischen Verbandes, Landesverband Berlin,
in Kooperation mit dem Bezirksamt Treptow von Berlin,
Heimatmuseum Berlin-Treptow.

Konzeption, Recherche, Texte und Gesamtleitung

Daniel Küchenmeister und Eckhard Müller

Gestaltung

Anna-Maria Claus

